

Laurent Schmit, Jürgen Stoldt, Bernard Thomas

Der Mann ohne Eigenschaften

Jean-Claude Juncker zu seinem dreißigsten Regierungsjubiläum

Nach 30 Jahren Regierungsbeteiligung und 18 Jahren im Amt des Premierministers schien es uns angebracht, das Phänomen Juncker einer vorläufigen Analyse zu unterziehen. Was als Zwischenbilanz gedacht war, könnte jedoch vor dem Hintergrund der Ereignisse der letzten Wochen wie ein erster Abschiedstext gelesen werden. Das Ende der politischen Laufbahn Jean-Claude Junckers scheint vorgezeichnet.

Die Geschichte begann vor genau 30 Jahren in einer Pariser Hotelsuite. Wenige Tage zuvor hatte Landwirtschaftsminister Camille Ney aus gesundheitlichen Gründen sein Amt abgegeben. Der engere Machtzirkel der CSV befand sich in der französischen Hauptstadt, um an einem Kongress der Europäischen Volkspartei teilzunehmen. Nun saßen Premierminister Pierre Werner, Arbeitsminister Jacques Santer und Parteipräsident Jean Spautz zusammen, um zu entscheiden, wer in die Regierung nachrücken sollte. Spautz und Santer gelang es, Werner zu überzeugen, den damals erst 28-jährigen Jean-Claude Juncker auszuwählen. Am 21. Dezember 1982 wurde Juncker zum Staatssekretär für Arbeit und Soziales ernannt.

Im Oktober 1979 war Jean-Claude Juncker mit 24 Jahren Fraktionssekretär der CSV geworden. Der junge Jurist bekam somit Zugang zum Zentrum der Macht. Einen Monat später wurde er zum Präsidenten der Christlich-Sozialen Jugend (CSJ) gewählt. Sowohl das Fraktionssekretariat als auch die CSJ galten als Kaderschmiede der Partei. Doch Junckers Blitzkarriere rief nicht nur Beifall hervor. Generalsekretär Jean-Pierre Kraemer und Fraktionspräsident Nicolas Mosar waren im Dezember 1982 zwar auch in Paris, die drei Parteigrößen Werner, Santer und Spautz hielten

es aber nicht für notwendig, sie an der Entscheidung zu beteiligen. Erna Hennicot-Schoepges, die damalige Präsidentin der Christlich-Sozialen Frauen, kritisierte den Entschluss ebenfalls. Aus ihrer Sicht hätte

Jean-Claude Juncker bezeichnet sich noch heute gerne als Werners „fils spirituel“, um eine Kontinuität zum Patriarchen zu konstruieren.

die Wahl eigentlich auf Viviane Reding fallen müssen. Aus den Wahlen von 1979 war Reding im Süden als Drittgewählte der CSV hervorgegangen, Juncker war abgeschlagen auf Platz 15 gelandet.

Doch Wahlergebnisse spielen in der hierarchischen Organisation der CSV eine untergeordnete Rolle. Jean-Claude Juncker bezeichnet sich noch heute gerne als Werners „fils spirituel“, um eine Kontinuität zum Patriarchen zu konstruieren. Im April 1977 machte er als CSJ-Vizepräsident auf sich aufmerksam, als er kritisierte, die CSV habe den politischen und gesellschaftlichen Wandel der sechziger Jahre verschlafen. Er führte die „jungen Wölfe“ an, die nach dem Wahldebakel von 1974 eine Erneuerung der Partei vorantreiben wollten. Unter seinem Impuls gab sich die CSJ als

Modernisierungswerkstatt der Partei. Das Experiment gelang ausreichend gut: 1979 wurde Werner nach fünf Jahren unerbittlicher Opposition wieder Staatsminister.

Wie ein fleißiger Student habe er sich zu Beginn auf jede Regierungsratssitzung vorbereitet, erzählt Juncker, um sich ja keine Blöße gegenüber seinem Chef und Mentor zu geben. 1984 hatte er seine Gönner überzeugt und durfte das Arbeitsministerium von Jacques Santer übernehmen. Zusätzlich wurde er delegierter Minister im Finanzministerium, das er dann ab 1989 ganz von Santer übernahm – und 20 Jahre behielt. 1989 begann Junckers beeindruckende Serie von Wahlerfolgen, als er im Südbezirk mehr Stimmen erhielt als der populäre Jean Spautz. 1990 wurde der jetzt 35-Jährige jüngster CSV-Präsident aller Zeiten und machte sich an die Modernisierung der Partei. Als sich wenige Tage nach den Wahlen 1994 die Frage stellte, wer den frisch gekürten EU-Kommissionspräsidenten Jacques Santer ersetzen sollte, hatte Juncker alle Trümpfe in der Hand.

Der CSV-Staat folgte einmal mehr seinem dynastischen Prinzip: Genau wie Joseph Bech 1959 – nach dem krankheitsbedingten Ausscheiden des kurz darauf verstorbenen Staatsministers Pierre Frieden – den

45-jährigen Pierre Werner auserwählte, so kürte Werner 1984 Santer zum Nachfolger, und als Santer etwas verfrüht nach Brüssel gerufen wurde, stand Juncker bereit. Im Januar 1995 hatte dieser sein Ziel erreicht: Er war Premierminister. Doch ein recht atypischer Premier: 40 Jahre alt, der erste Regierungschef, der seine Machtbasis im Süden hatte, und der erste, der nicht dem väterlichen Typ entsprach, den das Land bislang gekannt hatte. Ganz im Gegenteil: Der forsche junge Mann trat mit dem Anspruch an, mit dem Paternalismus seiner Vorgänger zu brechen und eine neue „Streitkultur“ zu etablieren.

Juncker und die CSV

Jean-Claude Juncker war und ist aber auch der erste Regierungschef aus der Nachkriegsgeneration. Er gehört einer CSV-Politikerriege an, die aus dem Trauma der verlorenen Wahl von 1974 hervorgegangen war. Kurz nach dem überwältigenden Wahlerfolg von 2004 hatte diese Generation den Zenit ihres Wirkens erreicht – als Anhängsel ihres „primus inter pares“. Fast alle Schaltstellen der Macht waren in ihrer Hand: Fernand Boden und Marie-Josée Jacobs saßen in der Regierung, François Biltgen war sowohl Parteivorsitzender als auch Minister, Lucien Weiler wurde Parlamentspräsident, Viviane Reding war seit fünf Jahren EU-Kommissarin, Marc Fischbach seit einigen Monaten erster Luxemburger Ombudsmann und Robert Weber befahl die Truppen der christlichen Gewerkschaft LCGB.

Junckers Machtbasis bestand lange Jahre aus einem engen Zirkel von Vertrauten, den er aus dieser Gruppe der „84er“ um sich geschart hatte (mit der notorischen Ausnahme von Viviane Reding). Obwohl er in den frühen achtziger Jahren CSJ-Vorsitzender und von 1990 bis 1995 Parteipräsident war, drückte Juncker der CSV erst als Premier seinen Stempel auf. Anders als Santer, der sich während seiner Zeit im Hôtel de Bourgogne aus der Parteipolitik weitgehend heraushielt, nutzte Juncker die CSV als Machtinstrument und brachte sie als „Kanzler“-Wahlverein auf Kurs.

In der CSJ stänkernte Juncker 1978 gegen die „überholte[n] Gewohnheiten der CSV“. Als Anführer der „Generation der



Am 24. November 1979 vor der Abgeordnetenversammlung (Archiv *Luxemburger Wort*)

Pragmatiker“ räumte er mehr als 20 Jahre später immer noch damit auf. Als CSV-Präsident in den frühen 1990er Jahren verfolgte seine Personalpolitik das Ziel, der Partei den konservativ-katholischen Muff auszutreiben. Nur eine CSV, die gesellschaftlichen Entwicklungen gegenüber nicht blind sei, könne den Machterhalt sichern. Zum Beispiel wurde Marie-Josée Jacobs – die Treueste unter den Getreuen – in der Regierung Juncker I Frauenministerin. Dieser Schachzug ermöglichte der Partei die Öffnung gegenüber jüngeren, berufstätigen Frauen, ohne die konservativen Kreise allzu sehr herauszufordern.

Die Furcht Junckers, dass die CSV wie in den siebziger Jahren den Anschluss an die Gesellschaft – und damit die Macht – verlieren könnte, führte letztendlich zum Niedergang des Dreigestirns CSV-Kirche-*Luxemburger Wort*. „Kamingespräche“ zwischen Bistum, *Wort*-Chefredaktion und CSV-Führung hatte es noch unter Santer gegeben. Juncker war hingegen 2004 überzeugt, dass die CSV zum ersten Mal eine Wahl gegen das *Luxemburger Wort* gewonnen habe. In der Tat war die Zeitung im innenpolitischen Teil seit 1999 öfters auf Distanz zum Regierungskurs gegangen, so z. B. in der Außenpolitik und gegenüber der repressiven Flüchtlingspolitik. In der Euthanasie- und der rezenten Abtreibungsdebatte bot das *Wort* aber auch wertkonservativen Kreisen eine Plattform, um den gesellschaftspolitischen Pragmatismus der CSV zu kritisieren.

Ein Schlüsselmoment war 2002 das neue Grundsatzprogramm der CSV. Zwei Punkte forderten das Verhandlungsgeschick der damaligen Parteipräsidentin Erna Hennicot-Schoepges heraus: das „C“ und das „S“. Luxemburgs Christlich-Soziale behielten anders als ihre belgisch-frankophone Schwesterpartei das „C“ für „christlich“ im Namen bei, doch betonten sie, es sei kein „K“. Ihre Partei sei weder konservativ noch der politische Arm der katholischen Kirche. Entsprechend fehlt der Gottesbezug in jenem Text genauso, wie Juncker sich nicht dafür stark machte, ihn im EU-Verfassungsvertrag festzuschreiben.

Eine gewisse Ambivalenz umgibt auch das „S“. Zwar steht ausdrücklich im Grundsatzprogramm, dass „Eigentum verpflichtet“, und der Bezug zur Christlichen Soziallehre wird hervorgehoben. Allerdings werden auch klassisch-liberale Werte wie Leistung und Eigenverantwortung betont. Im Einvernehmen mit Juncker sperrten sich die Autoren gegen die Selbstverortung als „Mitte-Rechts-Partei“. Stattdessen definierten sie die CSV als „Volkspartei der sozialen Mitte“. Ebenso verhinderte Juncker, dass sich die CSV auf das traditionelle Familienmodell festlegte, da somit all jene ausgeschlossen würden, die diesem nicht entsprächen.

Spannungen zwischen einem rechtsliberalen und dem betont christlich-sozialen Flügel beschäftigten die Partei in diesen

Jahren. Nach dem enttäuschenden Wahlergebnis 1999 gründeten Frank Engel und Patrick Santer den ominösen Cercle Joseph Bech als Sammelbecken reformhungriger Rechtsliberaler und chronisch unzufriedener Konservativer. Trotz des Segens der Altvorderen Jacques Santer und Jean Spautz war die Stoßrichtung klar: ein Gegengewicht zum sozialpolitischen Kurs Junckers und des linken Flügels zu schaffen. Juncker reagierte mit Unmut: Der politische Gegner würde den Cercle nutzen, um der CSV zu schaden. Heute ist der Cercle Joseph Bech allenfalls noch als Stammtischrunde, nicht mehr jedoch als „Denkfabrik“ aktiv. Letztlich konnte der linke Flügel die Partei auch zwischen 2003 und 2009 dominieren, mit François Biltgen als Präsident sowie Jean-Louis Schiltz und Marco Schank als Generalsekretären. Die dazugehörige, vormals mächtige Gewerkschaftertruppe ist innerhalb der Partei aber in der Bedeutungslosigkeit versunken – auch wegen der finanziellen Ungereimtheiten und persönlichen Konflikte innerhalb des LCGB.

Staatskrise

Das was Luxemburg zurzeit erlebt, ist nichts weniger als eine Staatskrise. Die Ereignisse rund um das Dossier Bommeleëer – und die Art und Weise, wie die Enthüllungen zustande kommen – beschädigen einen Teil der Institutionen des Landes. Dabei geht es in erster Linie um die Frage, ob es sich bei den Verantwortlichen der Bombenanschläge um Privattäter oder Akteure des Staates handelt.

Selbst in den Augen des Premierministers sind die bislang bekannten Teilaspekte der Geschichte geeignet, um an den Grundfesten dieses Staates zu rütteln. Doch wenn er im nächsten Atemzug den Bürger unverhohlen fragt, ob es „im Lande noch richtig tickt“ angesichts der Aufregung in der Bevölkerung, dann nimmt er den Wunsch seiner Bürger nach dem Rechtsstaat auf die Schippe. Tatsächlich: wenn jetzt der abgebrühte und danach mit allen Wassern gewaschene Bürger zusätzlich zum vollen Bauch auch noch nach der Moral verlangt, dann wird nichts weniger als das System in Frage gestellt!

Jean-Claude Juncker war es, der vor genau zwei Jahren eine Medien- und Massenhysterie in Gang setzte, als er erklärte, dass er im Dossier Bommeleëer Aufklärung wünsche, „selbst wenn es einen Dicken treffe“. Und natürlich glaubten alle, dass er damit einen ganz bestimmten Prinzen meinte. Heute wird klar, dass er das Land zum Narren hielt.

Der gesuchte „Dicke“ ist wahrscheinlich auch in seinen Augen das gesamte System, das wir in Ermangelung einer anderen Bezeichnung CSV-Staat nennen. Zu diesem System gehören (neben Teilen der CSV) nicht nur die LSAP, die gestern, heute und morgen mit der CSV regieren will, sondern auch die anderen Oppositionsparteien, die irgendwann (wieder) mitspielen wollen. Bislang ist nicht absehbar, ob einer der Akteure sich als Angreifer positionieren möchte und ernsthaft darauf besteht, die politischen Aspekte des Dossiers aufzuarbeiten.

Jürgen Stoldt, aus *forum* Nr. 272, Dezember 2007.

Heute, nach zwei Jahrzehnten eines verordneten radikalen Pragmatismus mit sozialpolitischem Touch, arbeitet der Juncker-Wahlverein immer weniger inhaltlich. Der Machterhalt ist zur einzigen „raison d'être“ geworden. Auf Bezirksebene findet höchstens Beschäftigungstherapie statt, der Input gelangt selten bis nach oben. Nur zu einzelnen Themenfeldern gibt es überhaupt Arbeitsgruppen, wenn die inhaltliche Schwammigkeit wie in der Schulpolitik dann doch zu offensichtlich wird. Der Koalitionsvertrag mit der LSAP wurde 2009 von Biltgen und Juncker ohne die geringste inhaltliche Diskussion durch den Nationalkongress gepeitscht.

Die Personifizierung der Macht

Je mehr Juncker an Macht und Charisma gewann, desto mehr traten die Inhalte in den Hintergrund. Nach dem schlechten Wahlergebnis 1999 setzte er durch, dass die CSV weiterhin in der Regierung blieb, obwohl z. B. François Biltgen über einen Wechsel auf die Oppositionsbank nach-

zudenken wagte. 2004 wurde die CSV endgültig zum Supporterclub des Regierungschefs, der im Wahlkampf unter dem Motto „Juncker on Tour“ landauf, landab in Mehrzweckhallen seine Show abzog. Statt Zukunftsthemen anzusprechen, setzten Präsident Biltgen und seine Parteisoldaten ganz auf Personenkult und den beruhigenden Spruch „De séchere Wee“. Und weil das so gut funktionierte, gab es 2009 wieder Juncker-Touren und die politische Message der CSV reduzierte sich auf „Déi mam Juncker“.

Diese Fokussierung auf die Person des Premierministers führte zu der geradezu skurrilen Situation, dass sich Jean-Claude Juncker unmerklich außerhalb der politischen Debatte wiederfand. Ohne sich inhaltlich festzulegen, repräsentierte er das „nationale Interesse“ und den politischen Konsens. Ihn anzugreifen, wurde mehr und mehr ungehörig. Das konnte gelingen, weil Juncker auf viele Menschen wie die ideale Projektionsfläche ihrer eigenen Wunschvorstellungen wirkt: schlau und pragmatisch, unverletzlich und dabei einfühlsam. Systematisch gibt er in der persönlichen Begegnung seinem Gesprächspartner recht und schafft eine Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens. Kaum jemand geht aus seinem Büro, ohne das Gefühl, dass die Dinge sich jetzt zum Besseren wenden werden. In Kombination mit seinen markigen Sprüchen ist es gerade diese Schwierigkeit ihn zu verorten, die Junckers Erfolg ausmacht: Ein Mann mit vielen Talenten aber ohne Eigenschaften.

Obleich ein Musterbeispiel für die Figur des politischen Apparatschiks – Juncker hat zeitlebens nie einen „normalen“ Beruf ausgeübt –, unterhält er mit Sprüchen wie dem, er sei der „letzte Kommunist“, gekonnt eine Ambivalenz, die glauben lässt, er stünde in Opposition zum System „derer da oben“. Ein Gefühl des Misserfolgs kann so nicht aufkommen, zumindest nicht für den Premier, der ja schon immer alles gewusst und davor gewarnt hatte. Mit dieser wasserdichten Strategie, verbunden mit der langjährigen Zahnlosigkeit der lokalen Presse, machte sich Juncker unangreifbar. *Journal*-Redakteurin Annette Duschinger fand vor kurzem treffende Worte für seine Position im Machtgefüge: „Juncker

inszeniert sich geschickt [...] als das, was er gerne wäre: ein Staatsoberhaupt, das Moralpredigten halten kann, das Hausaufgaben an seine Schäfchen verteilt, ohne jemals Verantwortung für etwas übernehmen zu müssen. Gebt dem Mann doch endlich, was er will: Ruft die Republik aus und macht ihn zum Präsidenten.“

Juncker, der seine Partei mit einer Mischung aus Dossier-Kenntnis, Vertraulichkeiten und beißendem Spott in Schach hält, hat es verstanden, die auf dem Schulhof erprobten Herrschaftsinstrumente auf alle Ebenen der Politik zu übertragen. Die öffentlichen Erniedrigungen und Verspotnungen etwa, die seine Parteikollegen in der Regierung und im Parlament zu ertragen haben, sind gefürchtet (und kommen beim Publikum immer wieder an) – wobei der Leidtragende sich meist gezwungen fühlt, über die Erniedrigung mitzulachen, um keine Schwäche zu zeigen. Auch die Unsitte ganz Europa zu küssen, zu umarmen und politische Beziehungen systematisch auf die Ebene von Männerfreundschaften zu erheben, hat sich während vieler Jahre als effizient erwiesen. Die nächste Generation europäischer Politiker scheint hier jedoch nicht mehr ganz so empfänglich zu sein und die Kussrituale sind dabei, langsam wieder von der europäischen Bühne zu verschwinden. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass Frauen, deren es in der Politik mittlerweile doch einige gibt, nicht ganz so einfältig auf die emotionalen Annäherungsversuche von Jean-Claude Juncker reagieren.

Als wirklich problematisch hat sich jedoch der „institutionelle Pragmatismus“ des luxemburgischen Premierministers erwiesen. *forum* schrieb schon im Dezember 2006, dass der Regierungschef eine Spur der Verwüstung hinter sich herziehe, indem er fast schon systematisch die Institutionen des Landes (Justiz, Staatschef, Staatsrat, Zentralbank, ...) beschädige. Die Art und Weise, wie die „institutionelle Krise“ vom 2. Dezember 2008 ablief, die Behandlung der Akte „Bommeleer“, aber auch die Entwicklungen der letzten Wochen im Zusammenhang mit der Aufsicht des Geheimdienstes lassen erahnen, wie locker der Jurist Juncker das Verhältnis der Institutionen zueinander sieht – und jeder Journalist und Oppositionspolitiker



forum-Cover, Nr. 174, April 1997

im Lande weiß, wie entrüstet er reagiert, wenn man ihn darauf kritisch anspricht.

Das europäische Wunderkind

Es war allerdings nicht sein innenpolitisches Wirken, sondern seine europäische Reputation, die Jean-Claude Junckers Glaubwürdigkeit im Inland zementierte. Sie schirmte den Sohn des kleinen Landes, der es im Ausland zu etwas gebracht hatte, lange Zeit vollends vor Kritik ab.

Unter der Obhut von Premier Jacques Santer wurde der junge Minister bereits in den 1980er Jahren in die europäische Politik eingeführt. Wenn Santer ohne Juncker im Schlepptau erschien, fragte ihn Bundeskanzler Helmut Kohl: „Na, hast Du deinen Junior heute nicht dabei?“ Juncker verdankt dem deutschen Kanzler aber nicht nur seinen Beinamen, sondern auch seine frühzeitige Promotion zur europäischen Polit-Größe. Der ehemalige „Junior“ lässt kaum eine Gelegenheit aus, hieran zu erinnern, letztes im Oktober 2012 im *Luxemburger Wort*: „Ich verdanke ihm meinen Einfluss in Europa, weil er mir geholfen hat, mich unter den Staats- und Regierungschefs bekannt zu machen.“ Noch heute wird der zwischenzeitlich wegen der CDU-Spendenaffäre geschasste Ex-Kanzler in Luxemburg wie ein Staatsgast empfangen und weiß es zu danken: „Für dich [Juncker] ist Treue ein wesentlicher Teil deiner Persönlichkeit.“

Seinem Zögling hatte Kohl seinerzeit die Türen zu Ehr und Ruhm geöffnet. Während der Verhandlungen über die Kriterien, die ein Land zu erfüllen hat, um der Wirtschafts- und Währungsunion beizutreten, entsandte Kohl den Luxemburger, um mit den Franzosen auf Tuchfühlung zu gehen. Gemeinsam mit Deutschlands Finanzminister Theo Waigel gelang es Juncker u. a., die französische Regierung für eine unabhängige Europäische Zentralbank nach deutschem Muster zu gewinnen. (Es sei angemerkt, dass in dieser Nacht wahrscheinlich der faule Kompromiss erfunden wurde, an dem die Währungsunion zurzeit fast zerbricht.) Nach dem 24-stündigen Verhandlungsmarathon kehrte Juncker im Dezember 1996 als „Held von Dublin“ heim. Die Legende vom „Vermittler“, „Brückenbauer“ und „Makler zwischen Ost und West“ war geboren. Es war Gilbert Trausch, der 2006 bei einer Tagung in Aachen aus Anlass der Verleihung des Karlspreises an Juncker anmerkte, dieser habe wie kein anderer Luxemburger Politiker den Batty-Weber-Gemeinplatz der französisch-deutschen Doppelkultur für seine Zwecke zu mobilisieren gewusst.

Juncker gefiel sich zunehmend in der Pose des politischen Weisen. In deutschen Talkshows inszenierte er sich mit Vorliebe als Deuter der Weltgeschichte. Manchmal schien es fast, als sehe sich der 1954 geborene Juncker als letzter Vertreter der Kriegsgeneration, so etwa 2006 bei der Überreichung des Karlspreises: „Ja, es mag stimmen, junge Menschen sind schwerhörig geworden, wenn es um Krieg und Frieden geht. Genau deshalb und weil man ihnen daraus keinen Vorwurf machen kann: Wer nicht gekannt hat, was Krieg bedeutet, kann nicht ermessen, was Frieden ist.“ (Drei Jahre nach der größten pazifistischen Mobilisierung der Nachkriegszeit war das eine dreiste Unterstellung: Vor dem sich abzeichnenden „Präventivkrieg“ der USA im Irak verharrte die Luxemburger Regierung längst möglich in abwartender Haltung, ehe sie sich, unter dem Druck zehntausender, zumeist jugendlicher Friedensdemonstranten, halbherzig zu einer kritischen Position durchrang.) Aus dieser verzerrten Perspektive leitete der Premier seine persönliche Bestimmung ab: „Nein, es müssen diejenigen Europa dingfest machen, deren Väter



EU-Gipfel am 29. Juni 2012 in Brüssel (© SIP / Jock Fistick)

noch im Krieg Soldaten waren. Die Urenkel können es nicht mehr, es muss jetzt gemacht werden.“ Die „Urenkel“ dankten es ihm und stimmten mehrheitlich gegen den EU-Verfassungsvertrag.

Solche und ähnliche rhetorische Versatzstücke deutete das deutsche (Fernseh-) Publikum als Indizien für staatsmännische Weitsicht. Um die Gunst deutscher Medien hatte der geringesehene Gast aus dem Großherzogtum jahrelang gebuhlt: es regnete Insiderinformationen, Privateinladungen nach Capellen und selbst das provinziellste Regionalblatt bekam sein Exklusiv-Interview. Die Strategie, seine europäische und nationale Legitimität über den deutschen Umweg zu untermauern, ging lange Zeit auf. Selbst der Frankfurter Philosoph Jürgen Habermas glaubte 2005, auf dem Höhepunkt der durch die Ablehnung des Verfassungsvertrags ausgelösten politischen Krise, in Juncker den Mann der Stunde zu erkennen: „Entscheidungsreife Situationen brauchen freilich Personen, die eine noch so geringe Chance auch ergreifen. Jean-Claude Juncker hätte das Format und den Willen.“ Allerdings fügte Habermas dem hinzu: „Aber ihm fehlt die Macht.“ Zu den Zukunftsaussichten seines Nachfolgers meinte Jacques Santer 2006: „Er wird noch eine Regierungsperiode in Luxemburg durchhalten. Im Jahr 2009 kann ich mir eine Berufung vorstellen und den Sprung auf das internationale Parkett.“

Der verpasste Abgang

Es kam anders: Die Funktion als EU-Kommissionspräsident, an der Jacques

Santer tragisch gescheitert war, lehnte Juncker 2004 dankend ab, indem er auf den Luxemburger Wählerwillen verwies. Der Leiter des ARD-Studios Brüssel, Rolf-Dieter Krause, vermutete jedoch einen anderen Beweggrund: „Er hat dieses Amt einfach nicht gewollt“, sagte er im Beisein Junckers bei dessen Laudatio und verwies auf die narzisstische Kränkung, die die letzten Kommissionspräsidenten (alles vorherige Regierungschefs) durchlebt hatten. Plötzlich waren sie nämlich nicht mehr vollwertige Mitglieder des sehr erlesenen Clubs des Europäischen Rates, sondern lediglich „Geschäftsführer des Clubs, gewissermaßen leitende Angestellte ihrer früheren Kollegen“. In der Welt der Alpha-Tiere sei das ein „geradezu entscheidender Unterschied“.

Besser mit Junckers Selbstverständnis zu vereinbaren wäre da die Rolle des neugeschaffenen Präsidenten des Europäischen Rates gewesen. Wäre der EU-Verfassungsvertrag bereits 2005 in Kraft getreten, würde Juncker das Amt mit hohem Aufmerksamkeitswert heute wohl bekleiden. Doch der Aufstand der Franzosen und Niederländer bei den Verfassungsreferenden machte ihm vorerst einen Strich durch die Rechnung und verzögerte seinen internationalen Aufstieg.

Im März 2008 war es dann soweit und das Ländchen in Aufruhr: Juncker sollte der heimischen Politik den Rücken kehren und im nächsten Jahr endlich zum Präsidenten des Europäischen Rates ernannt werden. Man begann bereits über die potentiellen Anwärter auf die Nachfolge zu munkeln, sogar von neuen politischen

Ansätzen und Koalitionen ging die Rede (*forum* schrieb im April 2008, dass sich das eigentliche Problem Luxemburgs stellen würde, wenn Juncker wider Erwarten dem Land erhalten bliebe). Die Aussichten Junckers auf den Job wurden dann tatsächlich durch die Gegenkandidatur von Tony Blair sabotiert. Nicht dass Blair, der überführte Lügner und Alliierte Bushs im Irak-Krieg, eine ernsthafte Alternative darstellte, aber er neutralisierte Junckers Kandidatur und ebnete so den Weg für einen Dritten, Herman Van Rompuy, als Kompromisskandidat.

„Der Ehrlichkeit halber muss man erwähnen, dass Jean-Claude Juncker sich die Situation selber zuzuschreiben hat“, schrieb *forum* damals. „Juncker ist sowohl Blair als auch Sarkozy in einer Weise öffentlich über den Mund gefahren, die unter politischen Alpha-Tieren nicht zu verzeihen war. Am Ende der luxemburgischen Präsidentschaft 2005 reagierte Juncker auf das Scheitern seiner Verhandlungsbemühungen über die Finanzperspektiven der EU mit dem Satz, dass er sich für die Briten ‚schäme‘! Nicolas Sarkozy hatte er hingegen gleich in den ersten Tagen seiner Präsidentschaft wie einen Schuljungen zurechtgewiesen in Reaktion auf dessen Forderungen nach einer verstärkten politischen Einflussnahme auf die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank.“

Sein Auftreten entsprach immer weniger dem des umsichtigen Zeremonienmeisters. Die ehrwürdige *Frankfurter Allgemeine Zeitung* tadelte im Frühjahr 2011 den Premier: „Regelmäßig verwirrt der Luxemburger die Öffentlichkeit mit Äußerungen, die er scheinbar im Namen der ganzen Eurogruppe abgibt – und die sich später allenfalls als persönliche Meinung entpuppen. Oft sind sie zudem uneindeutig.“ Die *FAZ* befand, dass der Chef der Eurogruppe „dauernd zu viel redet“.

Der wunde Punkt

Als dann die europäischen Regierungen vor der sich abzeichnenden Staatshaushaltskrise und unter dem Druck der öffentlichen Meinung ankündigten, die Steuerparadiese abzuschaffen und es anfang, Kritik am Luxemburger Finanzplatz zu hageln, stand Juncker als nationaler

Vertreter der unbegrenzten Möglichkeiten großherzoglicher Steueroptimierung ungeschützt im Regen.

Das vor allem in luxemburgischen und deutschen Medien verwendete Leitmotiv von Juncker als erprobtem Vorkämpfer der europäischen Einigung geriet in der internationalen Presse zunehmend in Schieflage. Hierzulande wurde die schöne Geschichte vom Vorzeige-Europäer jedoch nie wirklich in Frage gestellt. Dazu beigetragen hat die Arbeitsaufteilung zwischen dem „europäischen“ Juncker und seinem langjährigen Assistenten Luc Frieden, der die Begehrlichkeiten des Finanzplatzes in Brüssel als „nationales Interesse“ verteidigte. Aber auch die hiesige Presse trägt eine Mitschuld an dieser Mythologie: Sie druckte auf den Auslandsseiten Junckers Aufforderung an die Griechen, den Gürtel enger zu schnallen, und vergab in einer Notiz auf den Wirtschaftsseiten die Erfolge der über Luxemburg abgewickelten Steuerhinterziehung. Und so bleibt im Großherzogtum die Frage, was „unsere“ Interessen eigentlich ausmacht und ob diese wirklich Europa-kompatibel sind, ungestellt. Vielleicht, weil keiner im Land die Antwort wirklich hören will.

Dabei hat die Blockadehaltung Luxemburgs und „seines“ Finanzplatzes gegenüber einer Steuerharmonisierung und gemeinsamen EU-Wirtschaftspolitik Tradition. Selbst wenn sich die CSV 2002 in ihr Grundsatzprogramm schrieb, sie stehe für ein „föderales Europa“, so waren es gerade die Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern, die die luxemburger Regierung über die letzten Jahrzehnte geschickt zu nutzen wusste. Rückblickend auf sein Veto von 1988 gegen die Fiskalharmonisierung und die Abschaffung des Bankgeheimnisses meinte Jacques Santer, er habe den Banken und der Staatskasse zehn Jahre Zeit verschafft und damit seine Pension zur Genüge verdient.

Den Widerspruch zwischen nationalen Interessen und einer wirtschafts- und steuerpolitischen Vertiefung Europas überspringt Juncker in der Nebelregion seiner dialektischen Rhetorik: „La construction européenne ne veut pas dire qu'il faille renoncer aux desiderata nationaux. L'Europe est à l'intersection vertueuse entre l'intérêt

européen lointain et l'intérêt national immédiat“, gab er Anfang 2011 zu Protokoll. Dass in der tagespolitischen Praxis der Akzent eher auf „immédiat“ als auf „lointain“ liegt, ist klar. So achtete Juncker beispielsweise sehr erfolgreich darauf, dass die bei den Verbrauchssteuern (*droits d'accises*) festgelegten Mindestsätze immer deutlich niedriger lagen, als die Bedürfnisse der Nachbarländer es eigentlich erfordert hätten. Auf diese Weise konnten Spirit und Schnaps stets etwas billiger bleiben – was dem Großherzogtum ganz nette Umsätze beschert. Der ARD-Journalist Rolf-Dieter Krause meinte 2006 bei seiner Laudatio in Aachen: „Junckers Meisterstück war vermutlich die europäische Regelung über die Zinsertragssteuer, die dem Finanzplatz Luxemburg natürlich nicht behagen konnte. Lange hatte Juncker sie ganz

Junckers Strategie, seine europäische und nationale Legitimität über den deutschen Umweg zu untermauern, ging lange Zeit auf.

verhindern können [...] Die schließlich mühselig erzielte Einigung auf europäischer Ebene verstanden außer Juncker vermutlich nur wenige. Er aber wusste vor allem eins, Zitat: „Sie trifft mich frühestens 2013.“ Die ständige Vertretung Luxemburgs in Brüssel agiert indes, als sei sie der verlängerte Arm von ABBL und ALFI. Geht es um die „vitalen Interessen“ des luxemburger Finanzplatzes, zückt sie reflexartig die Veto-Karte. Vorsätzlich verspielt Luxemburg so seinen politischen Kredit – und muss bei anderen Dossiers (wie Umwelt, Energie oder Soziales) als passiver Zuschauer abseits stehen.

Die Demaskierung des Vorzeigeeuropäers

Das schamhafte Beschweigen solcher Erfolge der luxemburger „Europapolitik“ kostete die Befürworter des EU-Verfassungsvertrags beinahe das Referendum. Juncker weigerte sich 2005 allzu deutlich auszusprechen, was eigentlich offensichtlich war: Dass das neoliberale Europa, über das im Verfassungsreferendum abgestimmt werden sollte, sehr wohl mit den Interessen des Finanzstandorts

Luxemburg kompatibel ist. Das treffsichere Torpedieren einer gemeinschaftlichen Steuer- und Bankenharmonisierung durch Länder wie Luxemburg, Österreich und Großbritannien entpuppt sich heute zunehmend als das große Defizit der europäischen Integration. Die Fähigkeit, Steuern einzutreiben, spitzte sich infolge der Wirtschaftskrise zur staatlichen Existenzfrage zu und erschwerte die Durchsetzung der luxemburger EU-Strategie. Die Aufnahme Luxemburgs auf die „graue Liste“ der Länder, die die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) festgelegten Standards im Kampf gegen Steuerbetrug nicht erfüllten, war der erste Warnschuss. Der inzwischen öffentlich bekannte Umstand, dass im Herzen des Garer Rotlichtviertels, im Bureau d'imposition Sociétés 6 der luxemburger Steuerverwaltung, Steuersätze für Unternehmen verhandelbar sind, lässt Luxemburg für seine europäischen Partner zunehmend als Unterseeboot erscheinen, das sich prioritär an den internationalen Strömen des Finanzkapitals ausrichtet.

Die steuerrechtliche Hilfe, die der luxemburger Staat multinationalen Konzernen (vom griechischen Molkerei-Giganten Fage bis hin zum US-Versandhaus Amazon) leistet, stößt aber auf immer offenere Kritik. Im November 2012 sprach sich EU-Steuerkommissar Algirdas Šemeta gegen die „aggressive Politik der Steuervermeidung“ aus: „Unternehmen sollten dort ihre Steuern zahlen, wo sie tätig sind. Wenn wir nur 20 Prozent der hinterzogenen oder trickreich vermiedenen Steuern einnehmen könnten, wären das 200 Milliarden Euro mehr für die öffentlichen Kassen. Europa wäre dann viel stabiler.“ Dass ausgerechnet der Euro-Gruppen-Chef, der mehr Hilfen für die Krisenländer fordert und dazu auch Eurobonds einführen will, die europäischen Anstrengungen für korrektere Steuereinnahmen blockiere, könne er „nicht verstehen“, so Šemeta. Symptomatisch für die Abwehrstrategie in Sachen Finanzplatz ist der Rückzug hinter das europäische Ethos. Juncker, Frieden, Asselborn und Krecké weisen die Angriffe auf den luxemburger Finanzplatz heute nicht mehr als neidische und ungerechte Reaktion auf den Erfolg eines dynamischen Kleinstaates zurück, sondern als

Ausdruck eines vermeintlichen deutsch-französischen Hegemoniewillens, der die kleinen Länder zu zermalmen drohe.

Auch bei der Einführung der Finanztransaktionssteuer wirkte Juncker nicht gerade als Wegbereiter europäischer Integration. Bei einer Konferenz der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament sprach er sich noch im März 2011 in Frankfurt „deziidiert“ für eine europäische Finanztransaktionssteuer aus, damit die Banken für die von ihnen verschuldete Krise mitbezahlen. „Wenn es auf G-20-Ebene nicht klappt, dann auf Ebene der EU oder der Eurozone“, forderte er. Sein Finanzminister Frieden blieb währenddessen hart: keine Beteiligung Luxemburgs ohne Beteiligung Englands, Singapurs, Belutschistans und aller Jupitermonde! Im Juli 2012 schwenkte Juncker auf diese Position ein mit dem Hinweis, dass ansonsten (falls die Finanzindustrie sich von Luxemburg abwenden würde) das Land 100 Jahre benötige, um seine Schulden zu tilgen.

Die Kommission ließ vorrechnen, dass jene Steuer bis zu 57 Milliarden Euro pro Jahr an zusätzlichen Staatseinnahmen einbringen könnte, sollten sich alle 27 EU-Staaten beteiligen. Deutschland, Frankreich, Österreich, Belgien, Portugal, Slowenien, Griechenland, Italien, Spanien, Estland und die Slowakei begaben sich auf diesen Weg. Selbst die Niederlande haben mittlerweile Zustimmung signalisiert. Nur das europäische Kernland Luxemburg mauert und befindet sich einmal mehr in bester Gesellschaft an der Seite Großbritanniens.

Dabei gehorcht die Regierung nur der Forderung „ihres“ Finanzplatzes und dessen Experten. Kurz vor der Sommerpause 2012 hatte Ernst Wilhelm Contzen, Präsident der Bankenvereinigung ABBL, in einem Schreiben an die Vorsitzenden der politischen Parteien, die Fraktionschefs, den Premier, den Außenminister, den Finanzminister, die Europaabgeordneten sowie EU-Kommissarin Viviane Reding an die „intérêts particuliers du Luxembourg“ in Sachen Finanztransaktionssteuer erinnert: „Un appel des responsables politiques nationaux pour une TTF revient à s'immoler au service d'intérêts étrangers“, schrieb er in einer für diese Branche überraschend

national gefärbten Prosa. Die ABBL bot sich an, den unwissenden und womöglich verwirrten Luxemburger Parlamentariern eine Experten-Nachhilfestunde in Sachen Transaktionssteuer zu erteilen. Denn die europäische Debatte sei zu „nuanciert“, „politisch“ und „ideologisch“.

Wie „nuanciert“ die offiziellen Intellektuellen des Bankplatzes über eine Transaktionssteuer denken, illustrierte Christian Wolff, seines Zeichens Direktor der Luxembourg School of Finance, in einem Interview mit *Lessentiel*: „L'idée est absolument stupide. Économiquement, ça ne fonctionne pas.“ Der Professor erhofft sich stattdessen einen Standortvorteil auf Kosten

**Auch bei der Einführung der
Finanztransaktionssteuer wirkte
Juncker nicht gerade als Wegbereiter
europäischer Integration.**

der Nachbarländer: „L'absence d'une taxe financière est sans aucun doute un avantage concurrentiel pour le Luxembourg, même si politiquement il y a un risque à prendre. Nous montrons aux voisins que nous ne jouons pas le même jeu. Mais c'est le prix à payer.“ Dass eine solche Aussage keinen Aufschrei in der politischen Öffentlichkeit provozierte, zeigt, dass man sich entweder völlig unbeobachtet fühlt oder längst seinen guten Ruf gegen kurzfristigen Gewinn eingetauscht hat.

In ihrem Schreiben ließ sich die ABBL die Gelegenheit nicht entgehen, diskret daran zu erinnern, wie erpressbar der Luxemburger Staat inzwischen ist: „Il est rappelé qu'au Luxembourg, un tiers des revenus de l'Etat proviennent du secteur financier. Ce secteur représente 40 % du PIB et plus de 40 000 emplois.“ Allein die in Luxemburg angemeldeten Investmentfonds bescherten dem Staat jährlich 1,1 Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Die Bilanzsumme der 143 in Luxemburg angemeldeten Banken beträgt 2358 % des Luxemburger Bruttoinlandsprodukts (in Österreich liegt dieser Wert bei „nur“ 331 %).

Der Brüsseler Korrespondent von *Libération*, Jean Quatremer, beschrieb jüngst in einem Blog-Eintrag das europäische Un-

behagen gegenüber dem blinden Passagier Luxemburg: „Avec la crise de la zone euro, des comportements que l'on pouvait tolérer il y a encore quelques années, lorsque le chacun pour soi prévalait, sont devenus proprement inacceptables, l'appartenance à une même zone monétaire impliquant une forte coordination budgétaire et économique. Les États en sont tellement conscients qu'ils ont entamé, sous la pression des marchés, le processus qui les mènera, à terme, à une fédération. Désormais, tout le monde sait qu'être dans la zone euro implique une solidarité qui aura un coût et non plus seulement des bénéfices: on ne peut espérer rafler le beurre, l'argent du beurre et le sourire de la crémière. La TTF, qui pourrait approvisionner un futur budget de la zone euro, est un test de l'engagement européen des États. La refuser, c'est montrer que l'on n'a pas compris ce qu'impliquait une monnaie unique.“ Und Quatremer schlussfolgert: „Le Luxembourg n'aime l'idée fédérale qu'à condition qu'elle s'applique aux autres...“

Innenpolitische Bilanz

Was die innenpolitische Bilanz von Jean-Claude Juncker anbelangt, so ist es noch zu früh, um ein endgültiges Urteil zu fällen. Doch auch in der Innenpolitik spielte der Aufstieg des Finanzplatzes eine entscheidende Rolle in den drei Jahrzehnten. Als er Premierminister wurde, verfügte Juncker bereits über eine langjährige Erfahrung als Verwalter des Übergangs von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft. Mehr als Verwalten schien bis zur Krise auch nicht notwendig. Zwischen seinem Amtsantritt 1995 und 2011 verdreifachten sich die Einnahmen des Staates – vor allem wegen des Finanzplatzes. Die während 20 Jahren kräftig sprudelnden Steuereinnahmen verteilte Premier-, Finanz- und Arbeitsminister Juncker breit im Inland – obwohl ihm dieses Hyperwachstum selbst nie ganz geheuer war. Seine Warnungen vor der „Rentenmauer“ und dem „700.000-Einwohner-Staat“ sind bekannt.

Trotz der ihm immer wieder zugesprochenen Autorität hat er nie wirklich versucht, dem Lauf der Dinge eine andere Richtung zu geben. Die Erfahrung, 1999 bei seiner ersten Wiederwahl so massiv von

den Staatsbeamten für die Rentenreform abgestraft worden zu sein, war vielleicht ein Schlüsselerlebnis. Für die Zeit nach dieser turbulenten Episode ist es jedenfalls schwer, einen wirklich gestalterischen Einfluss Jean-Claude Junckers auf die Luxemburger Politik festzustellen. Die Folgen des Wachstums für den sozialen Zusammenhalt und die Umwelt gehörten nicht zu seinen Prioritäten. Einige wenige Beispiele der politischen Gestaltung lassen sich aufzählen: die Einführung der Maisons Relais z. B. oder das Einheitsstatut für die Arbeitnehmer im Privatsektor. Er selbst hat in einem Satz von entwaffnender Ehrlichkeit einmal formuliert, was ihn davon abhalte, klare Positionen zu beziehen: dass er und seine Kollegen zwar wohl wüssten, was zu tun wäre, aber dann riskierten, nicht wiedergewählt zu werden!

Tatsächlich bilden alle jene, die vom warmen Geldregen dieser Jahre profitierten, das Fundament für die letzten Wahlerfolge der CSV. Der Soziologe Fernand Fehlen sieht in diesem neuen politischen Lager (das neben Juncker sowohl CSV, LSAP, DP als auch Grüne wählt) vor allem aufstiegsorientierte Angestellte im Dienstleistungssektor sowie große Teile der Bürger, die im Staatsdienst ihr Geld verdienen. Vielen dieser anspruchsvollen Mittelschichten-Wähler erscheint Juncker als Verkörperung und Garant einer sich langsam dem Ende zuneigenden, goldenen Ära. Die unglückliche Zusammenarbeit mit der DP von 1999 bis 2004 und die unentwegten atmosphärischen Störungen in der Koalition mit der LSAP seit 2004 taten ein Übriges, dass die Regierungen unter Juncker nicht gerade als Beispiele für politischen Aktivismus herhalten können.

Der Politiker, der Luxemburg aus der Beschaulichkeit der Santer-Ära reißen und eine neue Streitkultur begründen wollte, wurde nicht zum „Macher“ und schon gar nicht zum Visionär für das Luxemburg des 21. Jahrhunderts. Sich Problemen wie dem abnehmenden sozialen Zusammenhalt, dem völlig unregulierten Wohnungsmarkt, der Landesplanung und der undurchsichtigen Polit- und Geschäftspraktiken (Stichwort Wickréng-Léiweng) anzunehmen, hätte auch bedeutet sich mit den Kollateralschäden des Finanzplatzes auseinanderzusetzen. Junckers Zeit in



Im Januar 1995 gratulieren Jacques Santer und Marie-Josée Jacobs zum neuen Amt (Archiv Luxemburger Wort)

der Regierung ist geprägt durch den Aufstieg (und Fall?) des Neoliberalismus. Jede strenge Regulierung hätte diesem Weltbild widersprochen. Alleine die Angst, ausländische Investoren abzuschrecken, reichte meistens aus, um die Regierungen unter Juncker von mutiger Politikgestaltung abzuhalten.

Stattdessen dozierte, kommentierte und erklärte Juncker die Welt, in der Luxemburg offenbar keine Insel darstelle. Angesichts der jetzt hereinbrechenden Krise zeigt sich mit jedem Tag aufs Neue, dass das System Juncker, den kleinsten gemeinsamen Nenner als politisches Programm zu verkaufen und ansonsten Machterhalt als oberstes Ziel zu setzen, ungeeignet ist, um die Herausforderungen dieser unübersichtlichen Zeit anzugehen. Der Vorschlag, den Zukunftstisch in bilateralen Kamingesprächen in seinem Büro abzuhalten, oder sein Aufruf für einen „Wettstreit der edlen Ideen“ zur Haushaltskonsolidierung haben nur noch Kopfschütteln verursacht. Möglicherweise liegen Macht und Ohnmacht hier schon seit Jahren sehr nahe beieinander.

Wo bleibt Brutus?

Die Bilanz eines Politikers hängt nicht zuletzt von seinen Nachfolgern ab. Kommt es zum Bruch oder folgt der politische Erbe dem vorgezeichneten Weg? Während einige schon geglaubt hatten, 2014 öffne sich ein Zeitfenster der Erneuerung, erklärte Juncker kürzlich im deutschen Fernsehen, er wolle sein eigener Nachfolger werden.

Die Generation, die mit ihm an die Macht gekommen ist, verabschiedet sich jedoch nach und nach. Marie-Josée Jacobs und François Biltgen sind die letzten in der Regierung Verbliebenen; die einstige Rivalin Viviane Reding hat im Brüsseler Exil Karriere gemacht. Rund um Juncker breitet sich mehr und mehr eine personelle Wüste aus. Nicht dass er sich keine neue Generation an Vertrauten hätte heranziehen wollen. Luc Frieden, Michel Wolter, Jean-Marie Halsdorf, Octavie Modert und Jean-Louis Schiltz sind alle von Junckers Gnaden. Doch sie haben sich alle auf die eine oder andere Art als Fehlgriff erwiesen. Um Jean-Claude Juncker wird es einsam. 30 Jahre sind eine lange Zeit. ♦

Literatur

Elena Danescu, Interview de Jean-Claude Juncker, 27. Januar 2011, www.cvce.lu.

Romain Hilgert, Bitte, nennt uns nicht konservativ!, *d'Lëtzebuurger Land*, 25. Oktober 2002.

Margaretha Kopeinig, *Jean-Claude Juncker, der Europäer*, Wien, 2004.

Olaf Müller u. Bernd Vincken (Hrsg.), *Europa im Herzen, Verleihung des Internationalen Karlspreis zu Aachen 2006 an Jean-Claude Juncker*, Aachen, 2006.

Robert Musil, *Der Mann ohne Eigenschaften*, 1930.

Jürgen Stoldt, Woher, wohin? Die luxemburgische Gesellschaft braucht ein gemeinsames Projekt, *forum* 271, November 2007.

forum-Redaktion, Schleicher Staatsstreich, *forum* 274, März 2008.

Jürgen Stoldt, Macht und Institution, *forum* 283, Februar 2009.

Gilbert Trausch (Hrsg.), *CSV, Spiegelbild eines Landes und seiner Politik?*, Luxemburg, 2008.